

# **NIEDERSCHRIFT**

## **Über die Sitzung des Gemeinderates Margetshöchheim**

**am 11.09.2012**

Von den 17 ordnungsgemäß geladenen Beratungsberechtigten waren 14 anwesend, -3- entschuldigt, -- nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Dachsanierung der Margarethenhalle  
Erläuterung der Ergebnisse der Voruntersuchung, Referent Herr Architekt Stephan Haas
2. Jahresantrag Städtebauförderung 2013  
Beschluss zur Vorlage des Jahresantrags
3. Landesentwicklungsplan – Gesamtfortschreibung  
Stellungnahme der Gemeinde

## **Öffentlicher Teil**

**Punkt 1:  
Dachsanierung der Margarethen-  
halle  
Erläuterung der Ergebnisse der  
Voruntersuchung, Referent Herr  
Architekt Stephan Haas**

Bürgermeister Brohm erläuterte, dass die Ergebnisse der Vorplanungen, Leistungsphasen 1 bis 3 sowie das energetische Gesamtkonzept der Margarethenhalle vorliegen. Aus der Kostenschätzung ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von knapp 600.000 € inkl. MwSt. In dieser Summe sind alle Nebenkosten beinhaltet, nicht jedoch die geplante Errichtung einer Solaranlage. Im Haushalt waren 30.000 € für die Vorplanung im Jahr 2012 und weitere 400.000 € für die Sanierungsmaßnahme im Jahr 2013 vorgesehen.

Herr Stephan Haas veranschaulichte in einer Präsentation die festgestellten Schäden, die möglichen Alternativen der Dachdeckung und Dämmung sowie die sich ergebenden Baukosten. Eine Ziegeldeckung scheidet aus, da die statische Unterkonstruktion mit erheblichen Mehrkosten verändert werden müsste. Bei einer Titanzink-Doppelstehfalzdeckung wird eine geringfügige Überschreitung der bestehenden Statik erwartet, wodurch jedoch ausführliche statische Neuberechnungen und Ertüchtigungen anzunehmen sind. Es wird daher empfohlen, unter Beibehaltung der statischen Elemente eine Trapezblecheindeckung mit Sandwichelementen zu favorisieren. Inwieweit diese Alternative zur Ausführung kommen kann, muss jedoch noch aus urheberrechtlichen Gründen mit dem Ingenieurbüro Braun/Feldweg abgestimmt werden.

In der weiteren Diskussion wurden von Herrn Haas Fragen des Gemeinderates beantwortet. Hinsichtlich der Baukosten könne er grundsätzlich Überraschungen nicht ausschließen, die Kosten seien jedoch für den Regelfall mit einem gewissen Puffer berechnet. Bei der Sanierung der Lichtkuppeln werde keine Individuallösung favorisiert, sondern auf möglichst bewährte Standardlösungen zurückgegriffen. Bezüglich des Hinweises auf möglichen Vorsteuerabzug bei Errichtung einer gewerblichen Solaranlage erklärte Bürgermeister Brohm, dass derzeit neben dem Betrieb aus eigener Hand auch die Bildung einer Energiegenossenschaft erörtert werde. Zur Optimierung Kosteneinsparung sollte jedoch die Errichtung einer Solaranlage in Zusammenhang mit der Sanierung des Daches ausgeschrieben und durchgeführt werden. Schließlich wurden brandschutzrechtliche Fragen bzw. Bestandsschutz erörtert.

**Sitzung am: 11.09.2012**

Nach weiterer Diskussion fasste der Gemeinderat folgenden

**Beschluss:**

Der Auftrag für die weiteren Leistungsphasen 5 bis 7 wird an das Architekturbüro Roth + Haas gemäß bestehendem Architektenvertrag erteilt. Die Ausschreibungen sollen im Herbst/Winter 2012 erfolgen. Hierzu sind wegen des bestehenden Urheberrechts weitere Abstimmungsgespräche mit dem Architekturbüro Braun/Feldweg zu führen.

**13 : 0 Stimmen.**

Die benötigten Haushaltsmittel können erst nach der Ausschreibung und dem Kostenanschlag detailliert ermittelt werden und sind dementsprechend in die Haushaltsberatungen 2013 aufzunehmen.

**Punkt 2:**

**Jahresantrag Städtebauförderung 2013**

**Beschluss zur Vorlage des Jahresantrags**

Im Rahmen des Jahresantrags 2013 werden folgende Maßnahmen mit jeweiligen Kostenansätzen angemeldet:

- barrierefreie Verbindung Mainstraße zum Veranstaltungshof im Rathaus 130.000 €
- Modernisierung Mainstraße 3 90.000 €
- Modernisierung Mainstraße 4 80.000 €
- Beschilderungskonzept 25.000 €
- sowie Sanierungsberatungen 12.000 € und kommunales Förderprogramm 40.000 €.

Der vorgeschlagenen Bedarfsmitteilung wird mit

**13 : 0 Stimmen**

zugestimmt.

Unter 4.4 des Sachstandsberichts sind redaktionelle Änderungen vorzunehmen.

**Punkt 3:**

**Landesentwicklungsplan – Gesamtfortschreibung  
Stellungnahme der Gemeinde**

Bürgermeister Brohm verwies darauf, dass es sich beim Landesentwicklungsplan um Zielvorstellungen, Grundsätze und Visionen des Freistaates Bayern handle. Ausgangspunkt der Aufstellung eines neuen Landesentwicklungsplanes war das Bemühen, den Inhalt und die Ziele deutlich zu reduzieren und den Landesentwicklungsplan zu kürzen.

**Sitzung am: 11.09.2012**

Der Bayerische Gemeindetag hat hierzu eine kritische Stellungnahme verfasst die auf mehrere Mängel verweist. Insbesondere wird in Frage gestellt, ob die Funktion des Zentrale-Orte-Systems im Hinblick auf die demografische Entwicklung überhaupt noch zeitgemäß sei. Weiterhin liegt eine mehrere Seiten umfassende Stellungnahme des Vereins „Bürger und Kommunen gegen die Westumgehung Würzburg/B26n e.V.“ vor.

Der Gemeinderat beschloss mit

**13 : 0 Stimmen,**

dass der Bürgermeister beauftragt wird, in der gemeindlichen Stellungnahme wesentliche Punkte aus der Stellungnahme des Vereins Bürger und Kommunen gegen die Westumgehung Würzburg/B26n e.V. zu übernehmen und sich im Grundsatz der Kritik des Bayerischen Gemeindetages anzuschließen.

**Weitere Informationen:**

- Bekanntgabe des neuen Mitarbeiters im Bereich des allgemeinen Sozialdienstes im Landkreis Würzburg
- Mitteilung der Telekom über die geplante Erweiterung am Mobilfunkstandort Fl.-Nr. 4219 um LTE: Der Gemeinderat wünscht die Durchführung einer Vorher-/Nachher-Messung bzw. die Klärung förderrechtlicher und kostenmäßiger Voraussetzungen hierfür.
- Sanierung der Friedhofsmauer, Friedhof Mainstraße: Der Gemeinderat wurde über die Erörterung und Beschlussfassung im Bauausschuss informiert. Hiernach wurde festgelegt, dass eine Umbettung der Gräber angestrebt werden soll. Im Gemeinderat wurde erörtert, inwieweit es Alternativen zu den geplanten Maßnahmen gäbe. Nach eingehender Beratung wurde der im Bauausschuss beschlossenen Vorgehensweise grundsätzlich zugestimmt.